



Integrationspolitik in der Tschechischen Republik

Markéta Blažejovská

Zum Mitnehmen

- Unter den vier postkommunistischen Visegrád-Staaten ist in der Tschechischen Republik der Anteil der ausländischen Bevölkerung am höchsten.
- Die Struktur der ausländischen Bevölkerung spiegelt die historischen Beziehungen zu den Nachbarn in Mittel- und Osteuropa und zu den ehemals kommunistischen Ländern weltweit wider.
- Von der mit dem Krieg in Syrien verbundenen Fluchtbewegung ist die Tschechische Republik kaum betroffen.
- Die Haltung der tschechischen Bevölkerung gegenüber Neuankömmlingen ist Meinungsumfragen zufolge eher distanziert. Die Haltung gegenüber Ausländern schwankt je nach Nationalität. Menschen arabischer Herkunft und Roma erfahren die größte Ablehnung.
- Das tschechische Integrationsrecht zielt im Wesentlichen darauf ab, tschechische Sprachkenntnisse zu vermitteln, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit zu fördern sowie soziokulturelle Orientierung in der Gesellschaft zu bieten. Integrationsangebote sind in der Regel nicht verpflichtend.
- Problematisch ist die starke Abhängigkeit der integrationspolitischen Maßnahmen von europäischer Finanzierung. Eine Stärkung der Investitionen für Integration aus dem eigenen Haushalt ist aber nicht zu erwarten.
- Die bessere Koordination der Integrationsdienstleister und die Frage nach der Einführung verpflichtender Integrationskurse sind wesentliche Zukunftsherausforderungen der tschechischen Integrationspolitik.

INHALT

-
- 2 | Einleitung**
 - 2 | Ausländische Bevölkerung in der Tschechischen Republik**
 - 4 | Die Einstellung der aufnehmenden Gesellschaft**
 - 6 | Integrationspolitik: Strategien, Akteure, Instrumente**
 - 12 | Ergebnisse und Erfahrungen**
 - 13 | Fazit: Herausforderungen der Integrationspolitik**
-

Es wird zwischen anerkannten nationalen Minderheiten und Ausländern unterschieden.

Einleitung

Unter den vier postkommunistischen Visegrád-Staaten – Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien – ist in der Tschechischen Republik der Anteil der ausländischen Bevölkerung mit 0,4 Prozent am höchsten. Mit einigen Ausnahmen¹ haben sich diese Länder erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs für Zuwanderer geöffnet, weshalb die Einwanderungsgeschichte der Region erst in den 1990er Jahren beginnt. Bis dahin erfolgte die Migrationsbewegung nur in eine Richtung: Auswanderung von Asylbewerbern in den Westen. Dies änderte sich mit der Samtenen Revolution 1989, in deren Verlauf die Tschechische Republik innerhalb weniger Jahre zu einem Einwanderungsland wurde. Erst im Jahr 2000, als bereits 200.000 Ausländer im Staatsgebiet lebten, wurden erste einwanderungs- und integrationspolitische Leitlinien verabschiedet. Seitdem versucht die Regierung mit einer restriktiven Haltung die überwiegend negative Einstellung der Öffentlichkeit und die Umsetzung von EU-Standards miteinander zu vereinen. Die jüngsten Ereignisse der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015 und 2016 prägen außerdem einen deutlichen Wandel der tschechischen Integrationspolitik, obwohl das Land noch keine nennenswerten Migrationsbewegungen durch Flüchtlinge aus Syrien oder anderen Herkunftsländern verzeichnet hat.

Im vorliegenden Papier werden sowohl die rechtliche als auch die soziale Stellung von Ausländern in der Tschechischen Republik, die Integrationspolitik und die aktuellen Herausforderungen thematisiert. Der erste Teil beinhaltet einen Überblick über die Struktur der ausländischen Bevölkerung der Tschechischen Republik, die sich aufgrund von historischen Beziehungen zu den derzeitigen Herkunftsländern deutlich von der Westeuropas unterscheidet. Die Einstellung der tschechischen Gesellschaft gegenüber Zuwanderern wird im zweiten Teil erläutert, wobei ein besonderes Augenmerk dem Selbstverständnis der Nation gilt, das sich auf die Bedingungen der Integration und Einbürgerung von Ausländern auswirkt. Der dritte Teil widmet sich der gegenwärtigen Integrationspolitik: den Strategien und Konzeptionen, den Hauptakteuren auf nationaler wie regionaler Ebene sowie den wichtigsten politischen Instrumenten. Auf den letzten Seiten wird kurz auf die Ergebnisse, Erfahrungen und aktuellen Herausforderungen der Integrationspolitik in der Tschechischen Republik eingegangen. Hierbei wird zwischen drei Gruppen unterschieden: a) Drittstaatsangehörigen, b) Flüchtlingen und international Schutzberechtigten und c) EU-Bürgern.

Ausländische Bevölkerung in der Tschechischen Republik

In der Tschechischen Republik gibt es zwei große Kategorien von Minderheitengruppen: nationale Minderheiten und Ausländer. Nationale Minderheiten werden als Minderheitengruppen von Bürgern definiert, die sich durch ihre ethnische Herkunft, Sprache, Kultur und Traditionen unterscheiden und deren Mitglieder den Wunsch haben, zur Bewahrung ihrer Unverwechselbarkeit und zum Schutz der Interessen ihrer historisch gewachsenen Gemeinschaft als nationale Minderheit angesehen zu werden. Die folgenden zwölf nationalen Minderheiten sind in der Tschechischen Republik anerkannt: Bulgaren, Kroaten, Ungarn, Deutsche, Polen, Roma, Ruthenen, Russen, Griechen, Slowaken, Serben und Ukrainer. Die Gruppenzugehörigkeit wird selbst bestimmt und die Mitglieder vertreten ihre Interessen im Regierungsrat für nationale Minderheiten. Traditionell konzentriert sich die tschechische Integrationspolitik hauptsächlich auf die Roma-Bevölkerung (der Großteil des Staatshaushaltes für Integration fließt in die Integration von Roma statt in die von Ausländern), da diese das höchste Maß sowohl an sozioökonomischer als auch an kultureller Ausgrenzung im Land aufweist².

Die Struktur der ausländischen Bevölkerung spiegelt historische Verbindungen in Mittel- und Osteuropa wider.

Starke Zuwanderung an ukrainischen und vietnamesischen Arbeitern im 20. Jahrhundert

Die Zahl der Muslime beläuft sich auf ca. 10.000 bis 20.000 Personen.

Das vorliegende Papier widmet sich der zweiten Gruppe: Ausländern ohne tschechische Staatsbürgerschaft. Es werden vier Hauptkategorien diskutiert: Staatsangehörige von Drittländern außerhalb der EU (vor allem anerkannte Wirtschaftsmigranten, Geschäftsleute, Studenten oder Familienangehörige), Flüchtlinge und international Schutzberechtigte, EU-Bürger sowie irreguläre Migranten. Da jedoch zur letzten Kategorie keine Daten verfügbar sind, wird nur die Situation der Ausländer mit rechtmäßigem Aufenthalt thematisiert. Nach der letzten amtlichen Statistik der Direktion der Fremdenpolizei (Služba cizinecké policie) gab es bis zum Dezember 2016 insgesamt 496.413 Ausländer mit rechtmäßigem Wohnsitz in der Tschechischen Republik³. Die Struktur der ausländischen Bevölkerung weicht stark von der in Westeuropa ab, was auf Unterschiede bei den Pull-Faktoren zurückzuführen ist: Historische Beziehungen zu den Nachbarn in Mittel- und Osteuropa sowie den ehemals kommunistischen Ländern auf der ganzen Welt (Vietnam, Kuba, China), bestehende Migrantengemeinschaften und soziale Netzwerke, kulturelle Nähe und ähnliche Sprache (innerhalb der Familie der slawischen Sprachen) sind die wichtigsten Faktoren, die bestimmte Migrationsbewegungen in Richtung der Tschechischen Republik begünstigen.

EU-Bürger und Drittstaatsangehörige

Von den EU-Bürgern mit Wohnsitz in der Tschechischen Republik stellen die unmittelbaren geografischen Nachbarn den größten Anteil: Slowaken (107.251), Deutsche (21.216) und Polen (20.305). Die größten Gruppen unter den Drittstaatsangehörigen bilden Ukrainer (110.245), Vietnamesen (58.080) und Russen (35.987). Angaben zu den anderen Nationalitäten können Tabelle 1 entnommen werden.

Aufgrund der geografischen Nähe und enger sprachlicher Verbindungen hat die Migration von Ukrainern eine lange Tradition. Im frühen 20. Jahrhundert kamen Wirtschaftsmigranten, Studenten und Intellektuelle in die Tschechische Republik, später folgten Flüchtlinge des Ersten Weltkrieges (Zilynskyj 2002). Die neue Einwanderungswelle seit 1990 unterscheidet sich davon jedoch erheblich. Die Arbeitsmigration erfolgte seitdem überwiegend aus der Westukraine und wurde in jüngster Vergangenheit durch Asylbewerber infolge des Russland-Ukraine-Konflikts ergänzt (Drbohlav, Jaroszewicz 2016).

Die Tradition der Einwanderung von Vietnamesen beginnt etwas später, in den 1950er Jahren mit einer Einladung durch die kommunistische Tschechoslowakei. Die größte Migrationswelle ereignete sich zwischen 1979 und 1985, als bis zu 35.000 Vietnamesen ins Land kamen (Kocourek 2005). Seitdem hat das soziale Netzwerk der vietnamesischen Gemeinschaft die Tschechische Republik zu einem idealen Zielland für weitere Einwanderungen aus Vietnam gemacht. Beide Gemeinschaften unterscheiden sich hauptsächlich durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit: Unter den Vietnamesen gibt es überwiegend Selbstständige, Inhaber kleiner Lebensmittel- oder Bekleidungsgeschäfte oder kleiner Bistros. Die Ukrainer arbeiten vor allem als gering qualifizierte Arbeitnehmer auf Baustellen oder in ähnlichen Berufen.

Der muslimische Anteil der ausländischen Bevölkerung, der für die Integrationspolitik in Westeuropa die größte Herausforderung darstellt, ist in der Tschechischen Republik eher gering. Die Schätzungen hierzu gehen auseinander, wobei die Daten aus der Volkszählung im Jahr 2011 eindeutig als zu niedrig einzuschätzen sind. Die Gesamtzahl kann daher nur anhand der Einwanderer aus mehrheitlich muslimischen Ländern im Nahen Osten, in Afrika und Asien errechnet werden. Demnach leben vermutlich 10.000 bis 20.000 Muslime in der Tschechischen Republik, von denen die meisten

ausländischer Herkunft und einige Tausend eingebürgerte tschechische Staatsbürger sind; nur wenige Hundert sind tschechische Konvertiten (Topinka 2016).

Asylbewerber und Flüchtlinge

Auch die Zusammensetzung der Asylbewerber unterscheidet sich in der Tschechischen Republik von der in Westeuropa. Im Jahr 2016 gab es dort trotz des Höhepunkts der Migrationskrise in West- und Südeuropa nur 1.478 offizielle Asylanträge. Wie aus der Grafik in Tabelle 2 hervorgeht, waren die Zahlen nicht höher als in den Vorjahren. Im Zeitraum von 1998 bis 2015 wurden insgesamt nur 81.089 Asylanträge gestellt, was einem Durchschnitt von 4.505 Anträgen pro Jahr entspricht. Seit 2007 wurde die Marke von 2.000 Anträgen pro Jahr nicht mehr überschritten. Interessanterweise stellen die syrischen Flüchtlinge keine Mehrheit unter den Antragstellern dar. Im Jahr 2016 stammten die meisten Bewerber aus der Ukraine (507), dem Irak (158), Kuba (85), Syrien (78) und China (68). Ähnlich wie bei Vietnam geht die Zahl der Asylbewerber aus Kuba auf die kommunistische Zusammenarbeit beider Länder vor 1989 zurück.

Von der mit dem Krieg in Syrien verbundenen Migrationskrise ist die Tschechische Republik indes kaum betroffen. Die meisten Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa kamen, waren über die Balkanroute, Ungarn und Österreich in Richtung Deutschland oder Schweden unterwegs. Dabei wurde die tschechische Grenze nur selten überquert. Für einige der Flüchtlinge diente die Tschechische Republik 2015 und 2016 lediglich als Transitland. Die meisten von ihnen wollten, nachdem sie aufgegriffen und von der Polizei festgehalten wurden, kein Asyl in der Tschechischen Republik beantragen. Trotz Aufforderung, die EU zu verlassen, setzten sie ihre Reise nach Deutschland fort und beantragten dort Asyl. Dieses Szenario wiederholte sich mit den umgesiedelten irakischen Flüchtlingen, die direkt aus dem Irak in die Tschechische Republik kamen.

Die Tschechische Republik ist für Flüchtlinge unattraktiv. Hinzu kommt die starke Oppositionshaltung der Regierung im Hinblick auf den von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Umverteilungsmechanismus, weshalb bis Mai 2017 nur 12 Personen aus Griechenland aufgenommen wurden, ohne jegliche Absicht der Regierung, ihren Verpflichtungen in dieser Angelegenheit nachzukommen. Als eines der Hauptargumente gegen diesen Mechanismus wird die Beobachtung angeführt, dass Asylsuchende nicht die Absicht hätten in der Tschechischen Republik zu bleiben und lieber nach Schweden oder Deutschland weiterzögen.

Die Einstellung der aufnehmenden Gesellschaft

Nationales Selbstverständnis

Die Tschechische Republik, ebenso wie die anderen Visegrád-Staaten oder Deutschland⁴ wird traditionell als ethnische Nation oder Kulturnation statt als Staats- oder Willensnationen eingestuft. Nach einer weit verbreiteten binären Unterscheidung (Smith 1986) liegt der Unterschied in der Kombination der Elemente, die die Grundlage der nationalen Identität bilden und den Kriterien für die Aufnahme als zugehöriger bzw. integrierter Bestandteil der Gesellschaft. In Staats- oder Willensnationen, wie Frankreich oder Großbritannien, erfüllen Neuankömmlinge tendenziell leichter die bürgerlichen Attribute: Sie müssen im Land leben, die Staatsbürgerschaft erhalten und die politischen Institutionen und Gesetze respektieren. In der ethnischen Nation dagegen ist die Zugehörigkeit mit der ethnischen Herkunft oder der Abstam-

Nicht Syrer, sondern Ukrainer stellen die Mehrheit unter den Asylbewerbern.

Die Tschechische Republik ist von der Flüchtlingskrise kaum betroffen.

Das Selbstverständnis der Tschechischen Republik ist sowohl durch bürgerliche, als auch durch kulturelle Elemente geprägt.

mung (Primordialismus) verbunden – also mit angeborenen Merkmalen, die nicht nachträglich erworben werden können. Unter den ethnischen Nationen könnte es eine etwas offenere Alternative geben: eine kulturelle Nation (Nielsen 1999), für deren Zugehörigkeit eine sprachliche und kulturelle, möglicherweise auch religiöse, Anpassung ausreicht.

Es gibt einige scharfe Kritiker dieser bürgerlich-westlichen/ethnisch-östlichen Unterscheidung, darunter auch Stephen Shulman (2016). In der empirischen Forschung weisen die meisten Staaten und Nationen sowohl bürgerliche als auch ethnische Elemente auf. Im Folgenden soll daher ein komplexeres Bild der nationalen Identität der Tschechischen Republik betrachtet werden. Die internationale Erhebung „International Social Survey Program“ bietet eine zuverlässige Quelle für empirische Daten. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, sind die tschechischen Ergebnisse eine Mischung aus beiden Elementen. Die geringe Unterstützung der Kategorie „Christlichen Glaubens sein“ sollte im Kontext eines hohen Anteils an Atheisten in der Tschechischen Republik verstanden werden. Laut Michal Vašečka (2008) wird der Erfolg der Integrationspolitik auch stark durch die konstitutionelle Kodifizierung der Nation beeinflusst, nicht nur durch nationale Gefühle in öffentlichen Meinungsumfragen. Von den vier Visegrád-Staaten ist die Tschechische Republik der bürgerlichste, zumal ihre Verfassung die „Nation“ ausschließlich bürgerlich definiert: Staatsbürgerschaft, territoriale Einheit, Staatsgeschichte, universelle Werte der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte (Vašečka 2008: 204).

Öffentliche Meinung

Die vom staatlichen Meinungsforschungszentrum (Centrum pro výzkum veřejného mínění, CVVM) regelmäßig durchgeführten öffentlichen Meinungsumfragen zeigen eine eher distanzierte Haltung gegenüber Neuankömmlingen. Ausländer wurden zwischen 2003 und 2017 von 50 bis 70 Prozent der Befragten als landesweites Problem angesehen. Diese Meinung erreichte ihren Höhepunkt während der Wirtschaftskrise 2009 (68 Prozent) und der Migrationskrise 2015 (69 Prozent). Allerdings betrachteten nur 20 bis 35 Prozent der Befragten die Ausländer auch als ein lokales Problem am eigenen Wohnort. Weit verbreitet ist die Ansicht, dass Migranten mit dem Anstieg von Kriminalitäts- und Gesundheitsrisiken in Verbindung stehen; häufig werden sie auch als Bedrohung für „gewohnte Lebensweisen“ und als eine Gefahr für den Arbeitsmarkt angesehen (CVVM 2017). Auch nach der European Social Survey Round 7 (2014) ist die Tschechische Republik unter 21 europäischen Staaten der Staat mit der geringsten Befürwortung von Zuwanderung. Auf der Skala, mit der die öffentliche Meinung zur Frage „Wird das Land durch Zuwanderung zu einem besseren oder schlechteren Lebensort?“ gemessen wird, erreichte die Tschechische Republik auf einer Skala von 0 bis 10 nur die Punktzahl 4 (ESS 2016).

Die Haltung des tschechischen Volkes gegenüber Ausländern ist jedoch sehr differenziert und hängt von der Nationalität der Migranten ab. Am höchsten sind die Sympathien für Slowaken (80 Prozent), was auf die Geschichte des gemeinsamen Staates (1918-1989) zurückzuführen ist. Die geringste Sympathie gibt es gegenüber Arabern (4 Prozent) und Roma (4 Prozent). Von den zahlenmäßig größten Migrantengruppen sind die Vietnamesen (32 Prozent) beliebter als die Ukrainer (19 Prozent; CVVM 2017). Auch in der Haltung gegenüber Flüchtlingen zeigte die tschechische Bevölkerung eine deutlich höhere Unterstützung für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge (41 Prozent) als für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika (15 Prozent). Die Einstellung der Mehrheit der Bevölkerung macht die Integration in der Tschechischen Republik offensichtlich nicht leicht. Die Erwartungen sind hoch und die Gesellschaft unterstützt das Konzept der Vielfalt nur in geringem Umfang. Die tschechische Bevölkerung

Die Tschechische Republik hat unter den europäischen Staaten die geringste Befürwortung für Zuwanderung.

Differenzierte Haltung gegenüber Ausländern und Flüchtlingen

fordert eine aktive Haltung von ihren Zuwanderern: Sie sollen die Sprache lernen, eine Arbeitsstelle finden, selbstständig werden, die tschechischen Gesetze, die Werte und die Kultur des Landes respektieren und Unterschiede nicht zu offensiv in der Öffentlichkeit zeigen (z. B. starke Ablehnung von muslimischen Schleiern oder Moscheen mit Minaretten).

Rechtliche Voraussetzungen der Einbürgerung

Was den rechtmäßigen Zugang zur Staatsbürgerschaft angeht, sind die Voraussetzungen folgende: Nach fünf Jahren ununterbrochenen Aufenthalts in der Tschechischen Republik (zwei Jahre bei Angehörigen von EU-Bürgern) kann ein Ausländer einen Antrag auf Daueraufenthalt stellen. Dafür müssen eine Sprachprüfung für das Niveau A1 (eine Verschärfung auf A2 ist geplant) bestanden, ein Führungszeugnis vorgelegt sowie ausreichend finanzielle Mittel und ein Wohnsitz in der Tschechischen Republik nachgewiesen werden. In letzter Zeit wurden die Bedingungen erschwert. Seit 2010 gelten höhere Anforderungen an das Einkommen und es wird eine Antragsgebühr erhoben, was den Status nach Angaben des Migrant Integration Policy Index (MIPEX) für bestimmte Gruppen mit geringerem Budget unerreichbar machen könnte.

Nach fünf Jahren Daueraufenthalt (insgesamt 7 bis 10 Jahre Wohnsitz in der Tschechischen Republik) kann ein Ausländer die Einbürgerung beantragen. An dieser Stelle werden erneut die tschechischen Sprachkenntnisse überprüft (gefordert wird Niveau B1 oder höher). Diese werden zusammen mit dem Niveau der kulturellen Orientierung überprüft (abgefragt werden Kenntnisse der tschechischen Gesetze, Gepflogenheiten, Geschichte, Geografie usw.). Die Antragsteller müssen diese neuen Prüfungen bezahlen und außerdem von staatlichen Leistungen und dem Sozialsystem unabhängig sein. Diese Bedingungen werden von MIPEX als „restriktivsten internationalen Praktiken im Hinblick auf Sprachprüfungen, Einbürgerungstests und Einkommensanforderungen“ bewertet, zumal die Hälfte der MIPEX-Länder keine derart hohen Anforderungen an die Integration, das Einkommen und die Sprachkenntnisse stellen. Im Jahr 2013 hat ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz den Zugang von Ausländern zur Staatsbürgerschaft durch die Erlaubnis der doppelten Staatsangehörigkeit leicht verbessert, was in der MIPEX-Studie gelobt wurde.

Integrationspolitik: Strategien, Akteure, Instrumente

In der Europäischen Union fällt die Integrationspolitik in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Der 2016 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Aktionsplan für die Integration versteht sich weder als Richtlinie noch als Verordnung und dient somit lediglich als Empfehlung⁵. Die Integrationspolitik in den Mitgliedstaaten kann daher sehr unterschiedlich sein, weshalb sich ein Vergleich lohnt. In der Tschechischen Republik ist der Umfang der integrationspolitischen Maßnahmen jedoch sehr stark von der europäischen Finanzierung abhängig und die Entwicklung der gegenwärtigen Leistungen wäre ohne EU-Mittel nicht finanzierbar gewesen (siehe Tabelle 4; das Budget für Integrationsmaßnahmen im Jahr 2015 bestand zu 78 Prozent aus EU-Geldern und zu 22 Prozent aus Mitteln des tschechischen Staatshaushaltes). Das tschechische Innenministerium ist die wichtigste zuständige Behörde für die Formulierung und Umsetzung der Integrationsstrategie in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien und als solches auch verantwortlich für die Verteilung des europäischen Integrationsfonds auf verschiedene Akteure in der Integrationspolitik (Regionen, Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen usw.). Im nächsten Abschnitt wird die Integrationspolitik im Hinblick auf die folgenden drei Gruppen von Immigranten beschrieben: a) Drittstaatsangehörige, b) Flüchtlinge und international Schutz-

Bedingungen für den Zugang zur Staatsbürgerschaft wurden in den letzten Jahren erschwert.

Tschechiens Einbürgerungspraktiken sind im internationalen Vergleich besonders restriktiv.

Die Integrationspolitik ist stark von der europäischen Finanzierung abhängig.

berechtigte und c) EU-Bürger. Die Drittstaatsangehörigen stellen unter den Ausländern die größte Gruppe dar, obwohl der Anteil der EU-Bürger jedes Jahr steigt.

Drittstaatsangehörige

Unter den Drittstaatsangehörigen besteht die wesentliche Zielgruppe aus Staatsbürgern von Drittländern (d. h. außerhalb der EU) mit rechtmäßigem Wohnsitz in der Tschechischen Republik, die weder Asylbewerber noch anerkannte Flüchtlinge sind. Der Zweck ihres Aufenthalts ist in den meisten Fällen Arbeitnehmertätigkeit (28,2 Prozent), Unternehmertätigkeit (20,3 Prozent), Familienzusammenführung (28,2 Prozent, Tendenz steigend), Studium (18,9 Prozent) oder wissenschaftliche Forschung. Trotzdem nimmt nur ein sehr geringer Anteil der Ausländer derzeit Leistungen des Sozialsystems in Anspruch (1,3 Prozent aller Empfänger von Sozialleistungen waren 2016 Ausländer). Dieser Anteil hat sich allerdings seit 2009 (von damals 0,6 Prozent) verdoppelt (Innenministerium 2017). Der Hauptgrund hierfür liegt in der unterschiedlichen Stellung von Ausländern im tschechischen Sozialsystem. So bestehen zum Beispiel nach Ansicht von Drbohlav (2014) die Gruppen von Ausländern mit Anspruch auf Arbeitslosengeld nur aus EU-Bürgern, Drittstaatsangehörigen mit ständigem Wohnsitz und Menschen mit anerkanntem Asylstatus.

Die tschechische Integrationspolitik wurde im Jahr 2000, ein Jahrzehnt nach der Samtenen Revolution, eingeführt, zusammen mit einem neuen Gesetz über den Aufenthalt von Ausländern. Zu diesem Zeitpunkt hatten laut tschechischem Statistikamt bereits 200.000 Migranten ihren Wohnsitz in der Tschechischen Republik. Das gegenwärtige integrationspolitische Strategiepapier der Regierung trägt den Titel „Politik für die Integration von Ausländern – in gegenseitigem Respekt“. Es gibt fünf wichtige Prioritäten vor: 1) tschechische Sprachkenntnisse, 2) wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit, 3) soziokulturelle Orientierung in der Gesellschaft, 4) gemeinschaftliche Verhältnisse und 5) den Grundsatz der sukzessiven Ausweitung von Rechten in Verbindung mit der Zuerkennung eines dauerhaften Aufenthaltstitels oder der Staatsbürgerschaft.

Es gibt viele für die Umsetzung der Politik verantwortliche Akteure. Die gegenseitige Zusammenarbeit ist eine zentrale Herausforderung für den gesamten Prozess. Auf nationaler Ebene wird die Umsetzung der Maßnahmen vom Innenministerium auch delegiert an das Ministerium für Arbeit und Soziales (einige Zuwanderer haben Anspruch auf Unterstützung durch die regionalen Büros der öffentlichen Arbeitsverwaltung⁶), das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (ausländische Kinder werden in den Schulen direkt integriert), das Außenministerium (vor allem zuständig für Informationsauskünfte bei einer Visa-Antragstellung in den Herkunftsländern; in dem Zusammenhang wurde eine Broschüre mit dem Namen „*Next stop – the Czech Republic*“⁷ herausgegeben), das Ministerium für Industrie und Handel und das Ministerium für Kultur. Die Vertreter der beteiligten Ministerien treffen sich zweimal im Jahr, um die Bewertung der Umsetzung der Integrationspolitik und Änderungen an den strategischen Dokumenten zu diskutieren.

Meistens werden die in der Strategie aufgeführten Prioritäten und die entsprechenden Maßnahmen jedoch auf regionaler Ebene umgesetzt. Dabei werden über ein Netz von 13 regionalen Zentren zur Unterstützung der Integration von Ausländern kostenlos oder gegen einen geringen Motivationsbeitrag freiwillige Kurse und Beratungen unterschiedlicher Art angeboten. Die wichtigsten Leistungen sind Sprachkurse, soziokulturelle Kurse, Rechtsberatung und soziale Beratung. Da Integration als wechselseitiger Prozess in zwei Richtungen wahrgenommen wird, ist die Zielgruppe der verschiedenen kulturellen Veranstaltungen auch die tschechische Mehrheit der Bevölkerung. Betrieben

Die tschechische Integrationspolitik wurde im Jahr 2000 eingeführt.

Wichtigste Integrationsangebote sind Sprachkurse, soziokulturelle Kurse, Rechtsberatung und soziale Beratung.

werden die Zentren von verschiedenen Vertragspartnern, die jährlich vom Innenministerium ausgewählt werden⁸.

Der Ansatz für eine Dezentralisierung der Integrationspolitik kam aus Portugal und Österreich. Davor wurde Integration vor allem durch die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Schulen gefördert. Die Aktivitäten des gemeinnützigen Sektors erstreckten sich geografisch nicht auf die gesamte Tschechische Republik. Stattdessen konzentrierte sich das Angebot auf die Hauptstadt Prag. Außerdem war es problematisch, diese Aktivitäten so zu koordinieren, dass das gesamte Spektrum an Leistungen, das für die Ausländer benötigt wird, abgedeckt wurde. Die regionalen Zentren wurden zwischen 2009 und 2015 teilweise mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (EIF) finanziert; seitdem erfolgt die Finanzierung zum Teil über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF). Die Konzentration der qualitativ hochwertigen Leistungen in Prag bleibt unterdessen ein Problem. Allerdings gibt es in 13 Regionen der Tschechischen Republik zumindest ein gewisses Angebot an kostenlosen Integrationsdienstleistungen. Die andere wichtige Funktion der regionalen Zentren ist die kontinuierliche Überwachung der Situation der Ausländer in den Regionen, die regelmäßig im Rahmen vierteljährlich stattfindender Treffen der Leiter der Zentren mit dem Innenministerium diskutiert wird. In seltenen Fällen spielen auch die Städte auf lokaler Ebene eine Rolle im Integrationsprozess. Es gibt eine regelmäßige Konferenz für den Austausch von bewährten Verfahren zwischen den Städten, die darüber hinaus auch Mittel aus dem Staatshaushalt für Integration beziehen können. Im Jahr 2015 wurden jedoch nur zehn lokale Projekte durchgeführt, die meisten davon in verschiedenen Bezirken von Prag und nur zwei in anderen Städten (Teplice, Havlíčkův Brod).

Viele Migranten nehmen zudem das Angebot der Nichtregierungsorganisationen in Anspruch, die stark an der Erbringung von Integrationsdienstleistungen beteiligt sind und als wichtige Partner für die Umsetzung der Integrationspolitik des Innenministeriums gelten. Ihre dominante Rolle ist eines der bestimmenden Merkmale der tschechischen Integrationspolitik. Seit dem Jahr 2000 bildet sich in der Tschechischen Republik eine starke Zivilgesellschaft, die sich der Verbesserung der Situation der Migranten verschrieben hat, was unter den postkommunistischen Ländern in Europa einzigartig ist. Drbohlav (2014) erinnert jedoch daran: *„Die Abhängigkeit von NRO bei den Integrationsbemühungen kann auch als Ergebnis einer unzureichenden Verpflichtung innerhalb der Regierung zur Weiterentwicklung und Finanzierung der Integration betrachtet werden. Gemeinnützige Organisationen springen ein, um die von den Behörden nicht besetzten Stellen auszufüllen“*. Und es gibt noch weitere Probleme durch die hohe Abhängigkeit des Staates von den starken NRO. Viele von ihnen haben sich langsam von Dienstleistungsorganisationen zu liberalen Pro-Einwanderungs-Gruppen entwickelt, die in scharfe Auseinandersetzungen mit dem Innenministerium treten und die restriktive Einwanderungspolitik einschließlich der Integrationsmaßnahmen kritisieren. Aus diesem Grund sind die Beziehungen des Innenministeriums zu vielen dieser Organisationen ambivalent: Auf der einen Seite sind sie nach wie vor wichtige Partner und eine der wichtigsten Quellen für Informationen und Feedback zu den bewährten Verfahren der Integration. Gleichzeitig agieren sie als öffentliche Gegner des Innenministeriums, obwohl ihr Haushalt überwiegend durch die europäischen Fonds gedeckt wird, für deren Verteilung eben diese Behörde zuständig ist. Auch hängt die Fähigkeit der NRO zur Erbringung von Leistungen von den Finanzierungsquellen ab, wodurch sie oftmals je nach Ziel und Schwerpunkt dieser Mittel bestimmte Zielgruppen ansprechen und gezwungen sind, andere zu vernachlässigen. Kürzlich wurden beispielsweise Migrantinnen speziell als Zielgruppe in der Integrationskonzeption gefördert.

Dezentralisierung der
Integrationspolitik

Nichtregierungsorgani-
sationen sind wichtige
Partner für die Umset-
zung der Integrations-
politik.

Keine verpflichtenden Integrationskurse

Die tschechische Politik betont immer die individuelle Eigenverantwortung der Drittstaatsangehörigen in Bezug auf den Integrationsprozess. Nur die Kinder von Ausländern werden in den Schulen direkt durch das Bildungsministerium betreut. Die Erwachsenen haben die Möglichkeit, kostenlose Kurse in ihrer Region zu belegen, was aber nicht verpflichtend ist. Oberstes Ziel der Politik ist es, die Ausländer über ihre Rechte und Pflichten zu informieren. Drbohlav (2014: 8) merkt dazu in seiner Analyse an: „Im Gegensatz zu einigen europäischen Ländern unterhält die Tschechische Republik kein formelles Einführungsprogramm für neu angekommene Immigranten und kein System des Beschäftigungs-, Sprach- oder Ausbildungsangebots, das Zuwanderer in Anspruch nehmen dürfen oder müssen.“ So nahmen zum Beispiel 2015 nur 195 Ausländer an dem für ihre Begrüßung in der tschechischen Gesellschaft vorgesehenen Integrationskurs teil. Einige der Zentren sind zudem im Außendienst tätig und suchen aktiv nach Klienten in den Unterkünften der Migranten sowie an anderen Orten, an denen Ausländer häufig verkehren. Laut der strategischen Dokumente soll der Außendienst in den kommenden Jahren stark an Bedeutung zunehmen. Im Jahr 2015 kontaktierten neun der Zentren insgesamt 10.560 Ausländer vor Ort.

Geringe Inanspruchnahme der kostenlosen Integrationsleistungen

Für die meisten Zuwanderer könnte jedoch die einzige wirkliche Motivation zur Teilnahme an den Kursen die Aussicht auf Daueraufenthalt oder Einbürgerung sein. Von 2009 bis Ende 2012 nahmen nur 33.800 Ausländer die von den regionalen Zentren erbrachten Leistungen in Anspruch. Verglichen mit der Gesamtzahl von mehr als 400.000 Ausländern mit Wohnsitz in der Tschechischen Republik ist das nicht viel. Eine repräsentative Umfrage unter Immigranten aus der Ukraine, Vietnam und Russland (Schebelle et al. 2014) ergab, dass nur 12 Prozent der ausländischen Bevölkerung jemals Gebrauch von den kostenlosen Integrationsdienstleistungen gemacht haben. 10 Prozent haben nie von den Angeboten gehört und 5 Prozent brachten einen Mangel an Vertrauen in die Anbieter der Dienstleistungen zum Ausdruck. Als Hauptgrund für die Nichtinanspruchnahme gaben 40 Prozent der Migranten an, ihre Probleme eher innerhalb der Familie oder mit ihren Landsleuten zu lösen. Insgesamt 22 Prozent hatten der Umfrage zufolge gar keine zu lösenden Probleme.

Flüchtlinge und international Schutzberechtigte

Flüchtlinge bilden bei der Integration eine separate Zielgruppe.

Personen, denen internationaler Schutz in der Tschechischen Republik gewährt wurde (Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, sowohl spontan angekommene als auch umgesiedelte und umverteilte Flüchtlinge), bilden eine separate Zielgruppe eines speziellen staatlichen Integrationsprogramms (SIP). Wie Tabelle 2 entnommen werden kann, wird jedes Jahr nur einer begrenzten Anzahl von Bewerbern Asyl gewährt (insgesamt 1.221 seit 2006 bzw. durchschnittlich 122 Personen pro Jahr), während einigen mehr subsidiärer Schutz zugesagt wird (1.851 seit 2006, 185 pro Jahr). Angesichts dieser Zahlen liegt es auf der Hand, dass die Zielgruppe für das SIP sehr begrenzt und das Programm damit viel großzügiger und intensiver als die allgemeine Integrationspolitik ist.

Das SIP ist seit 1999 Bestandteil der Integrationspolitik, wurde aber 2015 als Reaktion auf die Migrationskrise verändert. Die tschechische Regierung befürchtete in naher Zukunft steigende Flüchtlingszahlen durch sowohl spontanes Eintreffen als auch den Umverteilungs-/Umsiedlungsmechanismus innerhalb der EU. Gleichzeitig wurde dem Programm die Erwartung zugrunde gelegt, dass der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) die Integration jedes umverteilten oder umgesiedelten Flüchtlings großzügig finanzieren würde. Derzeit lehnt die Tschechische Republik den Umverteilungsmechanismus zusammen mit den anderen Visegrád-Staaten ab. So wurden bislang (Stand 5. Mai 2017) erst 12 Personen aus Griechenland umverteilt

und 52 Personen umgesiedelt (Stand 10. April 2017). Dementsprechend wurden bisher auch nur begrenzte Mittel aus dem AMIF bereitgestellt. Nach dem aktuellen Stand lautet die Prognose, dass in naher Zukunft keine weiteren Flüchtlinge umverteilt werden. Allerdings wurden formelle Änderungen am staatlichen Integrationsprogramm vorgenommen, nach denen sich der Prozess seit Januar 2016 richtet.

Flüchtlinge werden als schutzbedürftige Gruppe angesehen, womit die Integrationsangebote im Gegensatz zur Integration von Drittstaatsangehörigen zahlreicher sind. Auch hier ist die Teilnahme am Programm freiwillig. Laut Caritas Tschechien (2017) nahmen im Jahr 2016 insgesamt 428 der 484 Berechtigten aktiv teil. Die Hälfte davon hatte ihren Wohnsitz in Prag, die meisten waren Syrer (121), Ukrainer (96) oder Iraker (50). Im Rahmen des Programms leistet der Staat Unterstützung durch Bereitstellung von Wohnraum, Zugang zum Arbeitsmarkt und Vermittlung von Sprachkenntnissen sowie ein Budget für jeden Flüchtling, um ein Leben in der Tschechischen Republik zu beginnen. Der Integrationsprozess gliedert sich in zwei Hauptphasen: In der ersten Phase, nach Erteilung des internationalen Schutzes, haben sie die Möglichkeit, vorübergehend in einem Asylintegrationszentrum des Innenministeriums zu leben. In der zweiten Phase lassen sie sich gemäß ihrem „individuellen Integrationsplan“, einer weiteren 2015 eingeführten Neuerung im Flüchtlingsprogramm, in Gemeinden innerhalb der Tschechischen Republik nieder.

Auch für Flüchtlinge ist die Teilnahme an den Integrationsangeboten freiwillig.

Mit den Flüchtlingen wird ein individueller Integrationsplan ausgearbeitet.

Während der ersten Phase erfolgt die vorübergehende Unterbringung in einem der vier Asylintegrationszentren: Jaroměř, Ústí nad Labem, Brno und Havířov. Die Flüchtlinge leben in abgetrennten Einheiten, für die sie Miete und Nebenkosten zahlen. Während ihres Aufenthalts belegen sie einen vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport organisierten kostenlosen Intensivkurs der tschechischen Sprache und werden bei der Suche nach einer dauerhaften Unterkunft und einer Beschäftigung oder der Verbesserung ihrer Qualifikationen unterstützt. Im nächsten Schritt, bereits während ihres Aufenthalts im Asylzentrum, wird gemeinsam mit den Helfern ein „individueller Integrationsplan“ ausgearbeitet und auch vom Flüchtling unterzeichnet, um die gemeinsame Verantwortung der Behörden und des Flüchtlings für dessen Realisierung zu betonen. In diesem grundlegenden Dokument werden die Integrationsziele einer bestimmten Person und der Verlauf der Integration in der zweiten Integrationsphase definiert. Diese gliedert sich in folgende Bereiche: Unterkunft (Unterzeichnung eines Mietvertrags für mindestens 12 Monate, Erwerb der wichtigsten Möbel und Haushaltsgeräte), Beschäftigung (Unterzeichnung eines Vollzeitarbeitsvertrags), Bildung (Sicherstellung der Bildung für Kinder, insbesondere Erfüllung der Schulpflicht, Anerkennung von Diplomen, Berufsausbildung und Unterstützung bei der Verbesserung der Qualifikation der Klienten) und weitere Unterstützung am Wohnort (Unterstützung bei der Anmeldung bei und der Kommunikation mit Behörden, Unterstützung bei der Vorstellung bei Allgemeinmediziner, soziale sowie rechtliche Unterstützung). Für die Dienstleistungen oder Gegenstände steht folgendes Budget zur Verfügung: 120.000 CZK (ca. 4.444 EUR) für eine alleinstehende Person, 200.000 CZK (ca. 7.407 EUR) für 2–4 Personen im gleichen Haushalt und 250.000 CZK (ca. 9.259 EUR) für fünf oder mehr Personen im gleichen Haushalt⁹. Der Integrationsplan wird je nach Verlauf der Integration des Ausländers in der jeweiligen Gemeinde aktualisiert (Innenministerium 2017b).

Integrationsziele werden definiert.

Auch hier ist das Innenministerium hauptverantwortlich für die Koordination, methodische Beratung, Überwachung und Finanzierung. Alle wichtigen Aktivitäten werden jedoch vom „Generalanbieter von Integrationsdienstleistungen“ durchgeführt, der auch vom Innenministerium ausgewählt und beauftragt wird. Die neue Funktion des Generalanbieters wurde 2015 mit dem neuen staatlichen Integrationsprogramm geschaffen. Im Jahr 2016 wurde der kirchlichen Organisation Caritas Tschechien die

Hauptverantwortlich
für die Koordination
der Integrationspolitik
bleibt das Innenminis-
terium.

Durchführung der Aktivitäten für die Dauer eines Jahres übertragen, da das neue Programm im Herbst beschlossen wurde und bereits im Januar in Kraft trat. Für 2017 sollte der Auftragnehmer im Rahmen einer offenen Ausschreibung ausgewählt werden. Allerdings gab es hierfür keine Bewerber. Auch die Caritas lehnte eine Fortsetzung der Zusammenarbeit ab und begründete dies im Wesentlichen mit dem geringen Budget. Die Summe von 173,5 Mio. CZK (6,4 Mio. EUR) wurde als unzureichend für die Integration von jährlich 2.000 Menschen, wie in der Ausschreibung vorgesehen, kritisiert¹⁰. „Es würde nur für 500 Menschen reichen“, erklärten die Vertreter der Caritas gegenüber der Presse¹¹. Letztendlich wurde die staatliche Organisation Refugee Facilities Administration (RFA) des Innenministeriums als Generalanbieter ernannt, weshalb das Ministerium den Plan zur Auslagerung der Integrationsdienstleistungen noch nicht erfolgreich umsetzen konnte.

Die Refugee Facilities Administration (RFA) ist für die Aufnahme-, Unterkunfts- und Integrationseinrichtungen der Asylzentren sowie die Hafteinrichtungen für Ausländer in der Tschechischen Republik zuständig. Mit ihrer neuen Funktion als Generalanbieter von Integrationsdienstleistungen stellt die RFA jetzt zusätzlich die Unterkunft und soziale Unterstützung der Klienten in der ersten Integrationsphase sicher – und zwar während ihres Aufenthalts in den Asylintegrationszentren. Bei der Ausarbeitung der individuellen Integrationspläne kooperiert die RFA mit den Subunternehmern der verschiedenen Dienstleistungen, die Bestandteil der zweiten Phase des Integrationsprozesses sind: den NRO, Gemeinden, Kirchen und Arbeitgebern. Somit gewährleistet die RFA auch die Umsetzung des Plans und die direkte Integration der Klienten in der zweiten Integrationsphase – am Wohnort. Neben dem Generalanbieter ist auch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport an der Integration von Flüchtlingen beteiligt: Es bietet 400 Stunden Tschechisch-Sprachkurse, vermittelt Grundkenntnisse für die zivilgesellschaftliche Integration (Gesetze und Demokratie, Kultur) und stellt zudem sicher, dass alle Flüchtlingskinder ihrer Schulpflicht nachkommen. Das Ministerium für Arbeit und Soziales unterstützt Arbeitssuchende, da die Flüchtlinge bei der Arbeitsverwaltung gemeldet sind. Darüber hinaus spielen die Gemeinden eine wichtige Rolle im Prozess, indem sie häufig Unterkünfte in städtischen Wohnungen organisieren, wenn Flüchtlinge auf dem öffentlichen Wohnungsmarkt diskriminiert werden. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist zwar verboten, aber noch weit verbreitet. Dies betrifft oft die Roma-Bevölkerung.

EU-Bürger

Es gibt kein Grund-
satzdokument für die
Integration von EU-
Bürgern.

EU-Bürger werden in der Integrationspolitik oft übersehen, obwohl es 129.110 registrierte EU-Staatsangehörige mit vorübergehendem Wohnsitz in der Tschechischen Republik gibt (26,2 Prozent der Ausländer). Diese Zahlen könnten sogar noch höher sein, da EU-Bürger nicht verpflichtet sind, ihren Wohnsitz in der Tschechischen Republik anzumelden, und dort nach Belieben leben und arbeiten dürfen. Für die Integration dieser Zielgruppe gibt es kein Grundsatzdokument und keine Strategie. Nur in einigen Fällen können diese Menschen auch die Integrationsdienstleistungen für Drittstaatsangehörige (hauptsächlich bei den NRO, wenn die jeweilige Finanzierung die Einbeziehung von EU-Bürgern erlaubt) in Anspruch nehmen, haben ansonsten aber nur begrenzte Möglichkeiten für eine individuelle Unterstützung. Dadurch entsteht eine erhebliche Lücke beim allgemeinen Zugang von Ausländern zu den Integrationsprogrammen in der Tschechischen Republik. So können beispielsweise die regionalen Zentren zur Unterstützung der Integration von Ausländern keine EU-Bürger für Kurse anmelden. Hinzu kommt, dass die von den NRO verwendeten EU-Mittel selten für EU-Bürger bestimmt sind und Flüchtlinge, Frauen, Kinder und andere schutzbedürftige Gruppen Priorität haben. Die einzige Ausnahme sind die öffentliche Arbeitsverwaltung und das öffentlich finanzierte Weiterbildungssystem für Arbeitssuchende (Zugang

haben nur EU-Bürger, Personen mit Daueraufenthalt und Flüchtlinge). In der Praxis haben diese jedoch nur begrenzte Kapazitäten, um die Bedürfnisse von Klienten mit Sprachbarrieren zu berücksichtigen. Somit können EU-Bürger praktisch kaum Unterstützung in Anspruch nehmen, obwohl sie unter Umständen ähnliche Bedürfnisse wie Drittstaatsangehörige haben (Drbohlav 2014).

Ergebnisse und Erfahrungen

Im folgenden Teil dieser Analyse werden die Ergebnisse der Integrationspolitik zusammengefasst. Was sollte eine Person erreichen, um in einer bestimmten Gesellschaft als „integriert“ zu gelten? Es ist nicht leicht, Indikatoren für ein derart komplexes Konzept wie die Integration zu definieren. Das vorliegende Dokument stützt sich in diesem Zusammenhang auf die Arbeit von Entziger und Biezeveld (2003), die zwischen vier Bereichen der Integration von Migranten unterscheiden. Dadurch soll ein häufiger Fehler, nämlich das Reduzieren des mehrschichtigen Prozesses ausschließlich auf seine sozioökonomischen oder rechtlichen Aspekte, vermieden werden. Die vier gleichermaßen wichtigen Bereiche sind 1) die rechtliche und politische Integration, 2) die sozioökonomische Integration, 3) die kulturelle Integration und 4) die Einstellung der Aufnahmeländer. Für jede dieser Ebenen gibt es eine Reihe von Indikatoren, die bei der Bewertung der Integrationspolitik herangezogen werden sollten (siehe Tabelle 5). Darüber hinaus wird mit dem Instrument MIPEX (Migrant Integration Policy Index) die Integrationspolitik in allen EU-Mitgliedstaaten anhand von 167 Indikatoren in acht Politikbereichen gemessen. Da es sich jedoch vor allem auf den rechtlichen Rahmen konzentriert, misst es nur die Ebene der rechtlichen Integration (Richtlinien und Maßnahmen) und sammelt kaum Daten über Gemeinschaften und Einzelpersonen.

Mit Blick auf die vier Ebenen der Integration¹² ließe sich sagen, dass die Herausforderung der sozioökonomischen Integration in den Aufstiegschancen der Ausländer liegt. Die Arbeitslosenzahlen in der Tschechischen Republik sind derzeit sowohl bei Staatsbürgern als auch bei Ausländern sehr niedrig. Grundsätzlich braucht das Land mehr Arbeitskräfte. Hinzu kommt, dass die langfristige Aufenthaltserlaubnis eng an den Zweck des Aufenthalts gebunden ist, weshalb bei einem Arbeitsplatzverlust auch der rechtliche Status erlischt (Kušniráková 2014). Allerdings kommen viele Ausländer in die Tschechische Republik, um den Bedarf an niedrig qualifizierten Arbeitskräften zu decken, und es gibt nur wenige Anhaltspunkte für Aufstiegschancen in höher qualifizierte Positionen im Laufe der Zeit (Drbohlav 2014). Angesichts der kontinuierlich steigenden Zahl der Familienzusammenführungen könnte es bald wichtig werden, Ausländern den Zugang zu Arbeitslosenunterstützung und den öffentlichen Arbeitsverwaltungen zu ermöglichen, da viele Angehörige der bereits im Land lebenden Ausländer nach ihrer Ankunft in der Tschechischen Republik ohne Beschäftigung sein dürften (laut Topinka 2016 sind vor allem muslimische Frauen von Arbeitslosigkeit betroffen). Im Hinblick auf das Sozialsystem bleibt die Krankenversicherung ein großes Problem, da viele Ausländer keinen Zugang zum öffentlichen Krankenversicherungssystem haben und die Kosten ihrer Gesundheitsversorgung über private Anbieter decken müssen. Nur EU-Bürger, Flüchtlinge, Personen mit Daueraufenthalt und Ausländer, die bei tschechischen Unternehmen beschäftigt sind, können die öffentliche Krankenversicherung in Anspruch nehmen, wodurch viele andere, vor allem die Angehörigen von EU-Bürgern und ausländischen Arbeitnehmern (vor allem Frauen und Kinder) sowie Selbstständige, Studenten und andere Gruppen ausgeschlossen werden. Wohnsegregation hingegen ist kein weit verbreitetes Problem in der Tschechischen Republik (Kušniráková 2014).

Aufstiegschancen und
Zugang zur Kranken-
versicherung als
wesentliche Heraus-
forderungen

Möglichkeiten zur Teilnahme am öffentlichen Leben sind begrenzt.

Mit Blick auf die politische Integration sind die Möglichkeiten von Nicht-EU-Bürgern zur Teilnahme am öffentlichen Leben äußerst begrenzt. Ebenfalls stark diskutiert wird das Wahlrecht, da sich nur EU-Bürger an Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament beteiligen oder selbst zur Wahl aufstellen lassen dürfen (dieses Recht genießen sie durch ihre EU-Staatsbürgerschaft). Allerdings können sie in der Tschechischen Republik keine Parteimitglieder werden. Drittstaatsangehörige und Flüchtlinge erhalten nur durch Einbürgerung das Recht, sich an kommunalen oder sonstigen Wahlen zu beteiligen oder selbst zur Wahl aufstellen zu lassen. Für eine Änderung dieser Regelungen fehlt der politische Wille, obwohl die Gesetzeslage von den NRO und Pro-Einwanderungs-Gruppen kritisiert wird.

Fazit: Herausforderungen der Integrationspolitik

Horizontale Koordination zwischen den verschiedenen Dienstleistern als Herausforderung

Wie bereits erwähnt, werden Integrationsdienstleistungen von verschiedenen Akteuren (NRO, kirchliche Organisationen, staatliche Behörden, Regionen und Gemeinden) angeboten. Die größte Herausforderung bleibt somit die horizontale Koordination all dieser Aktivitäten, um in allen Regionen der Tschechischen Republik Integrationsdienstleistungen gleicher Qualität zu gewährleisten. Bisher war das Hauptinstrument der Koordination die Umverteilung von Geldern durch das Innenministerium. Die Qualität der Dienstleistungen der verschiedenen Anbieter kann jedoch sehr unterschiedlich sein, und bei ausbleibender Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen besteht die Notwendigkeit, eine staatliche Organisation zur Erfüllung dieser Aufgabe zu ernennen. Darüber hinaus erschwert das Projektmanagement die Kontinuität: Die NRO wissen nicht, ob sie im nächsten Jahr die nötige Finanzierung erhalten, sie können nicht vorausplanen und wenn sich zum Beispiel der Generalanbieter der Integrationsdienstleistungen jedes Jahr ändert, wird es schwierig, auf den Erfahrungen aufzubauen. Aus diesem Grund ist es wichtig, ein langfristiges System der Finanzierung sicherzustellen, sodass Planung und Nachhaltigkeit möglich sind (Drbohlav 2014). Auch die Kooperation der Ministerien sollte sich weiterentwickeln, zumal Integration von vielen noch immer als ausschließlicher Verantwortungsbereich des Innenministeriums betrachtet wird, obwohl eine breite Zusammenarbeit zwischen den Ministerien für eine erfolgreiche Integration unvermeidbar ist.

Starke Abhängigkeit von EU Finanzmitteln als Herausforderung

Weitere Herausforderungen sind der Haushalt und die Abhängigkeit von EU-Finanzmitteln. Bis dato wird der Großteil der angebotenen Integrationsdienstleistungen mit Geldern der Europäischen Union finanziert. Der Widerstand der Tschechischen Republik gegen den Umverteilungs- und Umsiedlungsmechanismus der EU hat bereits dazu geführt, dass einige Akteure befürworten, den Ländern die Gelder zu kürzen, die sich nicht am vorgeschlagenen Mechanismus beteiligen wollen. Es bleibt die Frage: Wäre der tschechische Staat in der Lage und bereit, die Integration von Ausländern aus dem eigenen Haushalt zu finanzieren? Drbohlav (2014) stellt dazu fest: *„Die begrenzten Mittel aus dem Staatshaushalt können auf das fehlende politische Engagement zum systematischen Umgang mit der Integration von Neuankömmlingen zurückzuführen sein.“* Aufgrund der negativen öffentlichen Meinung zur Einwanderung und der starken Ablehnung von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten ist eine öffentliche Unterstützung zugunsten von Investitionen für die Integrationspolitik nicht wahrscheinlich. Kušniráková (2014) warnt: *„Bereits in den 1990er Jahren war die Frage, wie (ethnische / eingewanderte) Minderheiten integriert werden sollen, sehr kontrovers.“¹³ (...) Auf der anderen Seite gehen Wähler verloren, wenn ernsthaft über Integration gesprochen und diese als wechselseitiger Prozess mit aktiver Beteiligung aller Partner befürwortet wird. Am Ende wagt es keine der etablierten politischen Parteien, sich aktiv an der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen im Hinblick auf ethnische Minderheiten ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft zu beteiligen.*

Stattdessen verlassen sie sich nur auf Ad-hoc-Maßnahmen, um akute Probleme aufzugreifen". Das Thema Migration ist erst vor kurzem Teil der öffentlichen politischen Diskussion geworden. Bis 2015 wurde die Politik meist durch die Leitung des Innenministeriums bestimmt und war weder in der linken noch in der rechten Parteilandschaft Bestandteil politischer Programme, was die unpolitische Natur der tschechischen Migrationspolitik widerspiegelt (Kušniráková 2014). Dies wird sich bei den nächsten Parlamentswahlen im Oktober 2017 ändern, weshalb mit interessanten Entwicklungen sowohl in der Integrationspolitik als auch in der Herangehensweise an die Finanzierung der Integration zu rechnen sein könnte.

Die dritte wichtige Herausforderung ist die Bereitschaft der Ausländer zur Beteiligung an der Integrationspolitik. Bislang war diese freiwillig und so waren die Ausländer selbst für ihre Integration verantwortlich. Viele der Drittstaatsangehörigen verlassen sich jedoch eher auf ihre Familie oder Landsleute. Angesichts der Migrationskrise 2015 haben einige Länder in der letzten Zeit einen Bedarf an verpflichtenden Einführungskursen erkannt, in denen allen Neuankömmlingen so bald wie möglich in ihrer jeweiligen Muttersprache die Gesetze, Rechte, Gepflogenheiten und die Kultur der aufnehmenden Gesellschaft vermittelt werden, um Missverständnisse, unrealistische Vorstellungen oder gar Verbrechen zu vermeiden. Dafür müsste die Tschechische Republik ihr bestehendes System grundlegend verändern, außerdem würde das verpflichtende Einführungsprogramm ein beträchtliches Budget erfordern. Die geringe Zahl der Ausländer, die gegenwärtig am Integrationsprogramm teilnehmen, könnte einer der Gründe für die Diskrepanz zwischen der Migrationspolitik in der Theorie und in der Praxis sein (Kušniráková 2014). Die Dienstleistungen werden umfassend und unter Berücksichtigung der üblichen Messgrößen für Integration sowie der strategischen Dokumente angeboten. Allerdings werden sie nur von 12 Prozent der Drittstaatsangehörigen in Anspruch genommen¹⁴. Unter bestimmten Gesichtspunkten könnte dies der Regierung zumindest in der Hinsicht passen, dass es die Integrationspolitik für sie billiger macht. Fonds und Haushalte dürften allerdings in naher Zukunft zum Hauptthema der öffentlichen Auseinandersetzung mit der tschechischen Integrationspolitik werden. Die Frage eines verpflichtenden Einführungskurses sollte an Relevanz gewinnen, wenn die Tschechische Republik auch für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika attraktiv wird oder wenn der Umverteilungs- bzw. Umsiedlungsmechanismus in Kraft tritt.

Der Bedarf an verpflichtenden Einführungskursen wird wachsen.

- 1| Zum Beispiel die Vietnamesen in der Tschechischen Republik, wie nachstehend dargelegt.
- 2| Siehe Kapitel „Czechia“ in Radko Hokovský und Jiří Kopal (Hrsg.): *Politics and Policies of Integration in Austria, Hungary, Czechia, Denmark and at the EU Level*. League of Human Rights & European Values Think-Tank, 2013.
- 3| Die vierteljährliche Statistik der tschechischen Direktion der Fremdenpolizei kann auf der Webseite des Tschechischen Statistikamtes unter <https://www.czso.cz/csu/cizinci/number-of-foreigners-data> eingesehen werden.
- 4| Das ethnische Selbstverständnis der Nation und der sogenannte ethnische Nationalismus gehen auf die deutsche Romantik, insbesondere Johann Gottlieb Fichte und Johann Gottfried Herder, zurück.
- 5| Nach der Migrationskrise im Jahr 2015 wurden die Forderungen nach einer gemeinsamen Integrationspolitik von der tschechischen Regierung entschieden zurückgewiesen.
- 6| Laut Drbohlav (2014) haben nicht viele ausländische Arbeitnehmer diese Art von Beratung in Anspruch genommen. Im August 2012 waren weniger als 7.000 Nicht-EU-Bürger bei der öffentlichen Arbeitsverwaltung registriert.
- 7| Sie ist auch online abrufbar unter: <https://www.tul.cz/files/pages/other/Information%20on%20the%20Czech%20Republic.pdf>
- 8| Hierzu gehören Nichtregierungsorganisationen (NRO), kirchliche Organisationen wie die Caritas Tschechien, nationale Beitragsorganisation wie der Refugee Facilities Administration oder Regionen der Gebietskörperschaft.
- 9| Laut Caritas Tschechien (2017) hatten die Flüchtlinge 2016 „unrealistische Erwartungen“ in Bezug auf ihre Unterbringung, es gab Auseinandersetzungen über die Definition von „wichtigen Möbelstücken“ usw.
- 10| Die Vorgabe von 2.000 international Schutzberechtigten basiert auf dem Umverteilungsplan der Europäischen Union und wird wahrscheinlich nicht zu erfüllen sein.
- 11| MF Dnes, 27.12.2016, O zakázku na integraci cizinců není zájem, vnitro ji chce zajistit samo, online abrufbar unter: http://zpravy.idnes.cz/integrace-cizincu-vnitro-zakazka-charita-uprchlici-fhn-/domaci.aspx?c=A161227_142241_domaci_jw.
- 12| Aufgrund des begrenzten Umfangs des vorliegenden Textes kann die Situation der verschiedenen nationalen Gruppen von Ausländern in der Tschechischen Republik nicht gesondert betrachtet werden, obwohl sich die Ebenen ihrer Integration mitunter deutlich voneinander unterscheiden. Hierfür werden andere Publikationen empfohlen: Freidingerová (2014), Hofírek und Nekorjak (2009) haben die Situation der vietnamesischen Gemeinschaft untersucht. Leontiyeva (2014, 2016) und Nekorjak (2010) sind die Experten für ukrainische Zuwanderer. Die muslimische Gemeinschaft wurde von Topinka (2016) studiert und darüber hinaus gibt es einen Text über die Bildung von Migrantenkindern (Jarkovská, Lišková, Obrovská 2015).
- 13| Dieses Thema wurde aufgrund der öffentlichen und offen rassistischen Diskussionen über die Integration der Roma-Bevölkerung kontrovers. Die gleiche Rhetorik wurde allerdings auch auf die Diskussion über Migranten übertragen.
- 14| Selbstverständlich gestaltet sich die Lage innerhalb der Gruppe der Flüchtlinge anders, zumal die Mehrheit von ihnen am Integrationsprogramm teilgenommen hat.

LITERATUR

- Beratungszentrum für Integration, Wohltätigkeitsorganisation der Diözese in Hradec Králové, 2017, Präsentation der Subunternehmer im Rahmen des SIP 2016: Beratungszentrum für Integration und Wohltätigkeitsorganisation der Diözese in Hradec Králové über die Umsetzung des staatlichen Integrationsprogramms 2016, PDF-Präsentation, online abrufbar unter: http://emncz.eu/www/files/wysiwyg/prezentace_PPI+DCH_HK_aj_verze.pdf.
- Caritas Tschechien, 2017, CARITAS TSCHECHIEN, Generalanbieter von Integrationsleistungen 2016, PDF-Präsentation, online abrufbar unter: http://emncz.eu/www/files/wysiwyg/p._MC3%BCllerova_CHCR.pdf.
- CVVM SOÚ AV ČR, v.v.i., Naše společnost, 6.–19.3.2017, 1045 respondentů starších 15 let, osobní rozhovor.
- Drbohlav, D. und Valenta, O., 2014, *Building an Integration System: Policies to Support Immigrants Progression in the Czech Labor Market*, online abrufbar unter: <http://www.migrationpolicy.org/research/building-integration-system-policies-support-immigrants-progression-czech-labor-market> (8.5.2017).

- Drbohlav, Dušan, Marta Jaroszewicz (Hrsg.) 2016, *Ukrainian Migration in Times of Crisis: Forced and Labour Mobility*, Prag: Karls-Universität, Naturwissenschaftliche Fakultät.
- Entzinger, Han, Renske Biezeveld, 2003, *Benchmarking in Immigrant Integration*, Bericht der Europäischen Kommission, Rotterdam: European Research Centre on Migration and Ethnic Relations, online abrufbar unter: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/documents/policies/legal-migration/pdf/general/benchmarking_final_en.pdf (2.5.2017).
- European Social Survey, 2016, *Attitudes towards Immigration and their Antecedents: Topline Results from Round 7 of the European Social Survey*, online abrufbar unter: http://www.europeansocialsurvey.org/docs/findings/ESS7_toplines_issue_7_immigration.pdf (4.5.2017).
- Freidingerová, Tereza, 2014, *Vietnamci v Česku a ve světě: migrační a adaptační tendence*, Prag: SLON.
- Hofírek, O., Nekorjak, M., 2009, *Vietnamští imigranti v českých velkoměstech, Integrace přistěhovalců z Vietnamu*, In: Rákoczyová, M., Trbola, R. (Hrsg.): *Sociální integrace přistěhovalců v České Republice*, Prag: SLON, S. 161–197.
- Innenministerium, 2013, *Together and Better, Centres to support the integration of foreigners in the Czech Republic*, online abrufbar unter: www.mvcr.cz/soubor/spolu-a-lepe-centra-na-podporu-integrace-cizincu-v-cr.aspx (8.5.2017).
- Innenministerium, 2016, *Zpráva o situaci v oblasti migrace a integrace cizinců na území České republiky v roce 2015*, online abrufbar unter: <http://www.mvcr.cz/clanek/zprava-o-situaci-v-oblasti-migrace-a-integrace-cizincu-na-uzemi-ceske-republiky-v-roce-2015.aspx>.
- Innenministerium, 2017a, *Postup při realizaci aktualizované Koncepce integrace cizinců Ve vzájemném respektu 2017*, online abrufbar unter: <http://www.mvcr.cz/soubor/postup-pri-realizaci-aktualizovane-koncepce-integrace-cizincu-ve-vzajemnem-respektu-2017-usneseni-vlady-c-11-ze-dne-9-ledna-2017.aspx>.
- Innenministerium, 2017b, *STATE INTEGRATION PROGRAMME for beneficiaries of international protection in the Czech Republic for the year 2016 and the following years*, PDF-Präsentation, online abrufbar unter: http://emncz.eu/www/files/wysiwyg/SIP_konference_EMN_Pavel_Dymes.pdf.
- Jarkovská, L., Lišková, K. und Obrovská, J., 2015, *We treat them all the same, but... Disappearing ethnic homogeneity in Czech classrooms and teachers' responses*, *Race Ethnicity and Education* 18(5), 632–654.
- Kocourek, J., 2005, *Vietnamci v ČR*, in *Socioweb*, Bd. 3, Nr. 5, online abrufbar unter: <http://www.socioweb.cz/index.php?disp=temata&shw=199&lst=108> (24.5.2012).
- Kušniráková, Tereza. 2014, *Is there an integration policy being formed in Czechia?*, *Identities*, 21 (6): 738–754.
- Leontiyeva, Y., 2014, *The Education – Employment Mismatch among Ukrainian Migrants in the Czech Republic* 1, 3(1), 63–84.

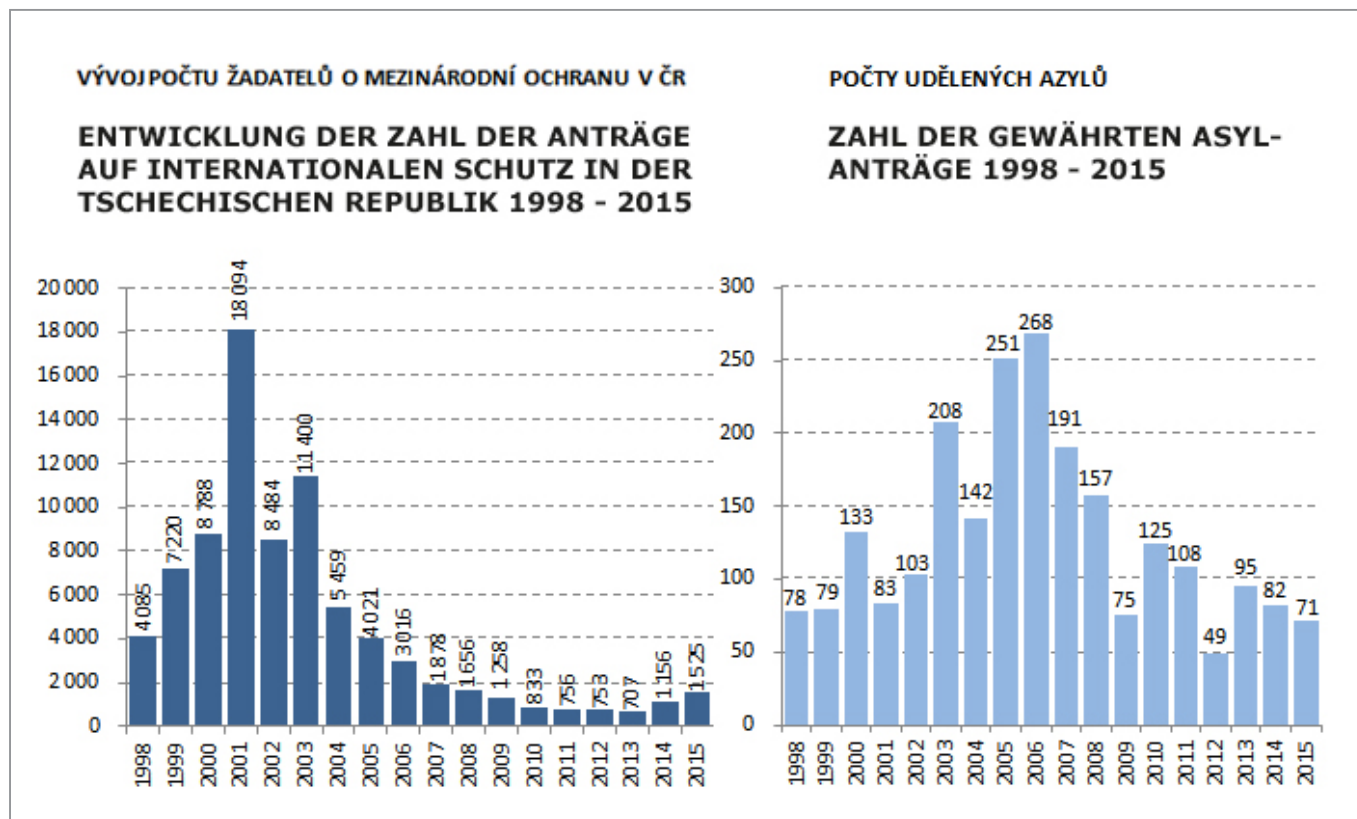
- *Leontiyeva, Y., 2016, Ukrainians in the Czech Republic: On the Pathway from Temporary Foreign Workers to One of the Largest Minority Groups, In Olena Fedjuk, Marta Kindler (Hrsg.) Ukrainian Migration to the European Union. Springer International Publishing.*
- *MIPEX, 2017, How countries are promoting integration of immigrants, Daten und Analysen online abrufbar unter: www.mipex.eu.*
- *Nekorjak, Michal, 2010, Mezisvětý: organizované zaměstnávání migrantů z Ukrajiny v České Republice, Disertační práce, Masarykova univerzita, Fakulta sociálních studií, Vedoucí práce Ivo Možný.*
- *Nielsen, Kai, 1999, Cultural nationalism, neither ethnic nor civic, in R. Beiner (Hrsg.), Theorizing nationalism (S. 119–130), Albany: State University of New York Press.*
- *Schebelle, D., Kubát, J., Kotíková, J. und Vychová, H., 2014, Jak slouží centra pro integraci cizinců z třetích zemí? Výzkumný ústav práce a sociálních věcí, v.v.í.*
- *Shulman, Stephen, 2016, Challenging the Civic/Ethnic and West/East Dichotomies in the Study of Nationalism, Comparative Political Studies 35 (5): 554–585.*
- *Smith, Anthony D., 1986, The Ethnic Origins of Nations, Oxford: Blackwell.*
- *Topinka, Daniel, 2016, Muslimové v Česku: etablování muslimů a islámu na veřejnosti, Brno: Barrister & Principal.*
- *Vašečka, Michal, 2008, Nation Über Alles, Processes of redefinition and reconstruction of the term nation in Central Europe, 1. vydání, Bratislava: Center for the Research of Ethnicity and Culture.*
- *Vlachová, Klára, 2015, Národní identity a identifikace, Prag: Slon.*
- *Zilynskyj, Bohdan, 2002, Ukrajinci v Čechách a na Moravě: stručný nástin dějin, Prag: Sdružení Čechů z Volyně a jejich přátel.*

ANHANG
Tabelle 1: Ausländer nach Art des Wohnsitzes, Geschlecht und Staatsangehörigkeit; 25 häufigste Staatsangehörigkeiten zum 31. Dezember 2016

Staatsangehörigkeit	Ausländer, insgesamt	Ständiger Aufenthalt			Andere Arten von Aufenthalt		
		Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich
Gesamt	496.413	273.399	143.912	129.487	223.014	135.750	87.264
Ukraine	110.245	81.209	41.607	39.602	29.036	16.520	12.516
Slowakei	107.251	44.799	21.353	23.446	62.452	36.606	25.846
Vietnam	58.080	48.571	26.956	21.615	9.509	5.065	4.444
Russische Föderation	35.987	20.763	9.246	11.517	15.224	6.082	9.142
Deutschland	21.216	4.460	3.008	1.452	16.756	14.227	2.529
Polen	20.305	10.753	3.604	7.149	9.552	6.714	2.838
Bulgarien	12.250	4.516	2.666	1.850	7.734	4.946	2.788
Rumänien	10.826	2.979	1.720	1.259	7.847	5.478	2.369
Vereinigte Staaten	8.763	3.275	2.157	1.118	5.488	2.731	2.757
Mongolei	6.804	5.007	2.058	2.949	1.797	924	873
Großbritannien	6.288	1.814	1.535	279	4.474	3.336	1.138
China	6.139	4.233	2.220	2.013	1.906	944	962
Kasachstan	5.639	2.229	975	1.254	3.410	1.508	1.902
Moldawien	5.260	3.961	2.164	1.797	1.299	724	575
Weißrussland	5.054	3.146	1.227	1.919	1.908	859	1.049
Italien	4.550	1.529	1.281	248	3.021	2.454	567
Ungarn	4.102	658	406	252	3.444	2.271	1.173
Frankreich	3.728	1.003	748	255	2.725	1.864	861
Österreich	3.560	1.141	830	311	2.419	2.001	418
Niederlande	3.108	796	601	195	2.312	1.547	765
Serbien	2.888	2.029	1.345	684	859	564	295
Indien	2.842	580	435	145	2.262	1.586	676
Kroatien	2.710	2.013	1.310	703	697	462	235
Türkei	2.165	747	583	164	1.418	940	478
Bosnien und Herzegowina	2.030	1.404	861	543	626	493	133
Andere	44.623	19.784	13.016	6.768	24.839	14.904	9.935

Quelle: Zahlen der Direktion der Fremdenpolizei, zusammengestellt vom tschechischen Statistikamt

Tabelle 2: Zahl der gewährten Anträge auf internationalen Schutz und Asyl



Quelle: Tschechisches Statistikamt

Tabelle 3: Welche wichtigen Kriterien muss ein „echter Tscheche“ erfüllen?

	2003	2013
Die tschechische Sprache beherrschen (E)	92	96
Die tschechische Staatsbürgerschaft besitzen (B)	87	91
Sich als Tscheche fühlen (E und B)	88	89
In Tschechien geboren sein (B)	79	84
Politische Institutionen und Gesetze Tschechiens respektieren (B)	81	82
Den Großteil des Lebens in Tschechien verbracht haben (B)	82	81
Tschechische Vorfahren haben (E)	70	71
Christlichen Glaubens sein (E)	29	29

Zeigt den Prozentsatz der Antworten „sehr wichtig“ und „ziemlich wichtig“.
„E“ steht für Indikatoren ethnischer Nationen, „B“ für die bürgerlicher Nationen.

Tabelle 4: Finanzierungsquellen der Integrationspolitik 2015

	CZK	EUR
Innenministerium zur Unterstützung der Kommunen	7.204.701	266.841
Kommunen (Anteil an den Gesamtkosten des Projekts von mindestens 10 %)	1.381.184	51.155
Innenministerium zur Unterstützung der NRO	12.492.443	462.683
Bildungsministerium	13.666.703	506.174
Ministerium für Arbeit und Soziales	19.131.453	708.572
Gesamtbetrag der tschechischen Regierung	53.876.484 (22 %)	1.995.425
Europäischer Flüchtlingsfonds (EFF)	13.145.000	486.852
Europäischer Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (EIF) (1)	65.319.000	2.419.222
Europäischer Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (EIF) (2)	5.994.000	222.000
Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)	48.602.538	1.800.094
Europäischer Sozialfonds	57.883.617	2.143.838
Gesamtbetrag der EU	190.944.155 (78 %)	7.072.006
Gesamtbetrag	244.820.639	9.067.431

Quelle: Zpráva o situaci v oblasti migrace a integrace cizinců na území České republiky v roce 2015, zusammengestellt von Markéta Blažejovská

Tabelle 5: Ebenen der Integration nach Entzinger und Biezeveld (2003)

Rechtliche und politische Integration	1. Einbürgerung von Migranten oder Erteilung eines sicheren Aufenthaltsstatus 2. Migranten mit doppelter Staatsbürgerschaft 3. Beteiligung an der Politik 4. Beteiligung an der Zivilgesellschaft
Sozioökonomische Ebene	1. Beschäftigung 2. Einkommensniveau 3. Soziale Sicherheit 4. Bildungsniveau 5. Unterkunft und Segregation
Kulturelle Ebene	1. Haltung gegenüber grundlegenden Regeln und Normen des Aufnahmelandes 2. Häufigkeit der Kontakte mit Aufnahme- und Herkunftsland 3. Wahl des Ehepartners 4. Sprachkenntnisse 5. Straffälligkeit (als Zeichen der Nichtakzeptanz grundlegender Regeln und Normen)
Einstellungen der Aufnahmeländer	1. Gemeldete Fälle von Diskriminierung 2. Wahrnehmung von Migranten durch die aufnehmende Gesellschaft 3. Häufigkeit und Auswirkungen von Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt 4. Rolle der Medien

Zusammenstellung: Markéta Blažejovská

Die Autorin

Mag. Markéta Blažejovská ist Forscherin am tschechischen Think-Tank European Values und Doktorandin an der Karls-Universität Prag. Ihre wissenschaftliche Arbeit konzentriert sich vornehmlich auf die Migrations- und Integrationspolitik sowie auf die öffentlichen Einstellungen zu Zuwanderung. Zurzeit leitet sie an der Karls-Universität Prag das Forschungsprojekt „A specific case of europeanization of public sphere: the Czech debate on migration crisis“ (Ein spezieller Fall der Europäisierung der Öffentlichkeit: die tschechische Debatte über die Migrationskrise).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Benedict Göbel

Koordinator für Integrationspolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

Telefon: +49(0)30/26996-3457

E-Mail: benedict.goebel@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

ISBN 978-3-95721-365-5

www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite
© disto89, fotolia.com